

Herrn
Dr. Wolfgang Retter
Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol
Postfach 166
A-9900 Lienz

Wien, am 21. Oktober 2011

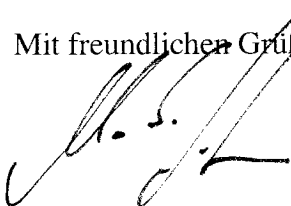
Sehr geehrter Herr Dr. Retter!

gestatten Sie mir, dass ich mich zunächst für Ihren Brief an Herrn Vizekanzler BM Dr. Michael Spindelegger vom 11. Oktober dieses Jahres bedanke und mich für die scheinbar nicht erfolgte Beantwortung Ihres Schreibens vom 13. Juni 2011 entschuldige, bevor ich kurz auf den Inhalt des aktuellen Schreibens eingehen darf.

Das von Ihnen angesprochene Zitat "Von diesem Weg dürfen wir uns von Bürgerinitiativen nicht abbringen lassen." ist in dieser Form aus dem Zusammenhang gerissen. Herr Vizekanzler BM Dr. Michael Spindelegger hat bei der Energiekonferenz "Energy 2050" am 28. September 2011 in Fuschl klar und dezidiert festgehalten, dass Anhörung, Einwand und Rechtsmittel der Bürgerinnen und Bürger bei Energieinfrastrukturprojekten selbstverständlich weiterhin im gleichen Ausmaß gegeben sein müssen. Was Herr Vizekanzler BM Dr. Michael Spindelegger aber gefordert hat, ist eine Beschleunigung der Abwicklung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieinfrastrukturprojekte unter Berücksichtigung umwelt- und gesellschaftspolitischer Notwendigkeiten.

Energieversorgungssicherheit und die Erreichung der energiepolitischen Pläne der österreichischen Bundesregierung erfordern Maßnahmen im Bereich der UVP-Verfahren und eine effizientere Kooperation mit den lokalen Behörden. Investitionen in die Energieinfrastruktur sind für die langfristige Sicherung der österreichischen Energieversorgung richtig und wichtig. Nur so können wir die notwendigen Maßnahmen für die Entwicklung eines nachhaltigen und effizienten Energiesystems setzen. Wenn wir uns zu den Erneuerbaren Energien bekennen – und das tun wir – dann müssen wir auch deren Ausbau zügig und konsequent vorantreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Martin S. Ledolter, LL.M.
Kabinett des Vizekanzlers